

## Parteiversammlung BDP Schweiz Samstag, 30. Januar 2016, Weinfelden

*Referat von Nationalrat Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz*

Sehr geehrte Damen und Herren  
Geschätzte Gäste  
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich begrüsse Sie herzlich hier in Weinfelden zu unserer ersten Parteiversammlung im Neuen Jahr.

Ich möchte Ihnen zur Einleitung gerne einen Text vorlesen, auf den ich kürzlich gestossen bin:

*„...Zu häufig akzeptieren wir Arroganz und Anmassung. Und dass jemand auch vor Gewalt nicht zurückschreckt, um sich zu nehmen, was er will. Zu häufig finden wir Entschuldigungen für jene, die bereit sind, ihr eigenes Leben auf den zerstörten Träumen anderer aufzubauen.*

*Aber eines steht fest: Gewalt erzeugt nur Gegengewalt. Unterdrückung führt zu Vergeltung. Nur eine Läuterung der Gesellschaft kann diese Krankheit aus unseren Seelen vertreiben.*

*Aber wenn wir die Menschen lehren, ihre Brüder zu hassen und vor ihnen Angst zu haben; wenn wir ihnen sagen, dass der eine aufgrund seiner Hautfarbe oder seines Glaubens oder seiner politischen Überzeugung minderwertig ist; wenn wir die Regel verbreiten, dass jene, die anders sind als wir, eine Bedrohung darstellen – für die eigene Freiheit, für den eigenen Job, für das eigene Heim, für die Familie, dann wir lehren damit auch, die anderen nicht als Mitbürger, sondern als Feinde zu betrachten, mit denen man nicht kooperieren darf, sondern die man bezwingen will, die man unterdrücken und beherrschen möchte.*

*Was schliesslich dazu führt, dass wir unsere Brüder als Fremde betrachten. Fremde, mit denen wir zwar unsere Stadt teilen, aber nicht unsere Gemeinschaft. Menschen, die zwar durch einen gemeinsamen Wohnsitz mit uns verbunden sind, um die wir uns aber nicht bemühen. - Wir lernen nur, eine gemeinsame Angst zu teilen, den gemeinsamen Wunsch, uns voneinander zurückzuziehen. Wir teilen nur den gemeinsamen Impuls, auf Uneinigkeit mit Gewalt zu reagieren.*

*Unser Leben auf diesem Planeten ist zu kurz, die Arbeit, die vor uns liegt, ist zu wichtig, als dass diese Haltung noch länger bestehen darf. Natürlich können wir sie nicht mit einem Programm oder einem Gesetz verbieten, aber vielleicht sollten wir uns vor Augen halten dass jene, die mit uns zusammenleben, denselben kurzen Augenblick des Lebens mit uns teilen. Dass sie – genauso wie wir – nichts weiter als die Möglichkeit suchen, ein sinnvolles und glückliches Leben zu führen, um dadurch so viel Zufriedenheit und Erfüllung wie möglich im Leben zu finden...“*

Diese Worte sind Auszüge aus einer Rede vom früheren amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Robert Kennedy, der 1968 in Los Angeles einem Attentat zum Opfer fiel. Es sind Worte, die eine beeindruckende Zeitlosigkeit haben. Und es sind Worte, die wir uns vielleicht etwas öfter zu Herzen nehmen sollten.

### **Unsere Würde bewahren**

Wenn wir einen Blick in die Welt hinaus wagen, stellen wir zurzeit viel Unerfreuliches und Besorgniserregendes fest. Neben den bekannten Krisenherden und Kriegsgebieten gibt es weitere Spannungsfelder – auch in der so genannten „zivilisierten“ Welt.

In den USA schiessen Polizisten offenbar ohne grosses Zögern auf Halbwüchsige, die meistens eine andere Hautfarbe haben als der Polizist. Und das offene Tragen von Waffen wird – fast mehr denn je - in einer Sorglosigkeit und Selbstverständlichkeit zelebriert, die zuerst zum Staunen, und dann vor allem zum Nachdenken anregt. Hinzu kommt die noch völlig offene Frage, wer neuer Präsident der Vereinigten Staaten und damit wohl mächtigster Mensch der Welt wird. Eine Frage, die angesichts einzelner möglicher Kandidaten möglicherweise relevanter ist als auch schon.

In Deutschland muss sich Bundeskanzlerin Angela Merkel übel dafür beschimpfen lassen, dass sie Mut und Rückgrat, Verantwortungsbewusstsein und Menschlichkeit zeigt. Und was vorerst in den sozialen Medien abging, findet inzwischen auch auf der Strasse statt. Es werden Emotionen geschürt wie seit Jahrzehnten nicht mehr, und die Sorge steigt, dass diese immer mehr auf fruchtbaren Boden treffen.

Klar! Ereignisse, wie jene in Köln vor wenigen Wochen, erschüttern uns alle. Sie machen uns in gewisser Weise ratlos, hilflos. – und sie machen Angst. Diese Ängste sind real und verständlich. - Aber sie dürfen nicht zu einer Sippenhaft führen. Wir dürfen deswegen nicht mit dem Denken aufhören. Denn wir verlieren unsere Würde, wenn wir aufgrund dieser Ängste und im Windschatten eines Rechtsdralles jetzt Zäune um unser Land bauen. Und wir dürfen nicht unsere eigene Geschichte vergessen, wie das einzelne osteuropäische Länder offensichtlich im Begriff sind zu tun.

Es ist im aktuellen Stimmungsbild – nicht nur am Stammtisch - tatsächlich einfacher, ein paar Ausländer – idealerweise Muslime – pauschal in die Pfanne zu hauen, als differenziertes Denken und Handeln zu verteidigen. Es sind dann eben sehr rasch nicht mehr alle Menschen gleich, wenn ich mich zwischen der einheimischen Frau, die belästigt worden ist, und dem ausländischen grölenden und grapschenden Trunkenbold entscheiden muss. Dann habe ich sehr schnell Partei ergriffen; und das ist auch verständlich.

Übergriffe wie in Köln machen uns wütend, und es richtig zu verlangen, dass hier die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Denn diejenigen, die unsere Spielregeln nicht einhalten, sind nicht willkommen. – Aber das darf eben nur für genau diejenigen gelten und nicht auch für alle anderen. Die entscheidende Frage ist nämlich, ob wir die Disziplin, die Grösse und den intellektuellen Horizont haben, aus all dem nicht gefährliche Pauschalurteile entstehen zu lassen.

### **Souveränität durch Offenheit und Solidarität**

Unsere Gesellschaft braucht Werte wie diejenigen, die in unserer Verfassung stehen. Zum Beispiel Solidarität und Offenheit. Unsere Gesellschaft braucht ein Selbstverständnis dafür, dass zur Eigenverantwortung des Individuums auch die Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen, gegenüber den Schwächeren, gegenüber künftigen Generationen unabdingbar gehören. – Denn das unterscheidet den freien Bürger vom eigennützligen Egoisten.

Diese Werte haben es verdient, immer wieder verteidigt zu werden – auch wenn einem das nicht immer leicht fällt. Auch wenn es manchmal einfacher wäre, ins Geheule der Herdentiere einzustimmen.

Auch innenpolitisch ist die Schweiz mittendrin in dieser Wertedebatte. Und unsere Gesellschaft steht vor ein paar wegweisenden und grundsätzlichen Weichenstellungen. Unsere Rolle innerhalb und gegenüber Europa ist unklarer denn je. Unser Selbstverständnis, dass wir unsere Souveränität nicht durch Isolation, sondern durch Offenheit und Solidarität manifestieren, steht zur Disposition. – Aber ein souveräner Staat darf sich nicht isolieren. Das wäre würdelos und würde von mangelndem Selbstbewusstsein zeugen.

So stimmen wir am 28. Februar dieses Jahres eben nicht über die Ausschaffung krimineller Ausländer ab – das haben wir schon im Jahr 2010 getan. Vielmehr stimmen wir darüber ab, ob wir künftig ganz bewusst gegen unsere eigenen verfassungsmässigen Grundrechte sowie gegen die Menschenrechte verstossen. Ob wir an den Grundfesten der Gewaltenteilung rütteln und damit unsere aufeinander abgestimmten demokratischen Institutionen destabilisieren. Ob wir die staatspolitischen Säulen des schweizerischen Rechtsstaates ins Wanken bringen.

### **Ist die Frankenstärke an allem schuld?**

Gleichzeitig reiben wir uns die Augen, wenn wir feststellen, dass die Schweiz als Wirtschafts- und Investitionsstandort an Attraktivität verliert; wenn wir Hiobsbotschaften von massiven Stellenstreichungen zur Kenntnis nehmen müssen. Und – weil wir die Dinge ja gerne so einfach

machen, wie nur möglich – wir finden natürlich umgehend eine offensichtliche Erklärung für alles, was im Moment schief läuft. – Nein, daran sind jetzt für einmal nicht die Migranten schuld; daran ist angeblich die Frankenstärke schuld.

Die Frankenstärke, die während der Interventionsphase der Schweizerischen Nationalbank für eine Weile beinahe vergessen ging. Die Frankenstärke, die seit Jahrzehnten ein Dauerbegleiter der Schweizer Wirtschaft ist. - Natürlich ist sie eine schmerzhaft Realität, die sich gegenüber früheren Zeiten massiv verstärkt hat. Natürlich ist sie für unzählige Schweizer Unternehmungen eine tägliche Herausforderung, an der extrem schwer getragen wird.

Aber ist sie wirklich an allem schuld? Ist es nicht so, dass wir vor allem auch aus anderen Gründen einfach nicht mehr der Standort sind, der wir einmal waren? Ein sicherer Hafen, mit überdurchschnittlicher Rechtssicherheit und Stabilität?

Über wie viele wirtschaftsschädliche Vorlagen von der linken Seite haben wir in der jüngeren Vergangenheit abgestimmt? - Mindestlöhne, 1 : 12, Einheitskrankenkasse, 6 Wochen Ferien... – Nun, diese Ideen wurden vom Stimmvolk glücklicherweise alle verworfen. Aber sie standen jeweils zur Disposition.

Und wie viele wirtschaftsschädliche Vorlagen von der rechten Seite haben wir in der jüngeren Zeit angenommen? – Minarettverbot, Abzockerinitiative, Ausschaffungsinitiative, Masseneinwanderung...

Alles unbestrittenermassen demokratisch gefällte Mehrheitsentscheide, die zu akzeptieren sind. – Aber verfallen wir deswegen nicht dem Irrglauben, dies sei im Rest der Welt unbemerkt geblieben. Wie stabil, wie rechtssicher und wie vertrauenswürdig ist ein Land, das fast im Quartalsrhythmus seine eigenen, bewährten Erfolgsfaktoren hinterfragt? Und es ist kein Ende absehbar. - Würden Sie in ein Land investieren oder dort Arbeitsplätze schaffen, wenn dieses Land sich ernsthaft mit der Frage auseinandersetzt, ob es sich an die Verträge mit seinen Nachbarländern halten soll, ob Menschenrechte und Völkerrecht auch in Zukunft noch zur Anwendung kommen sollen, ob den Gerichten Kompetenzen genommen werden sollen?

Natürlich ist es unsere Sache, wenn wir an der Urne solche Entscheide demokratisch fällen. Die Schweiz kann ja angeblich gefälligst machen, was sie will... - Aber wir können nicht verlangen, dass alle anderen dies ebenso gut finden, wie die jeweilige Mehrheit, die das so entschieden hat. Wir unterschätzen das Bild, das wir innerhalb der Staatengemeinschaft und innerhalb der globalen Wirtschaft in jüngerer Vergangenheit hinterlassen haben. Und es greift zu kurz – viel zu kurz – wenn wir nun sämtliche negativen Entwicklungen einfach nur der Frankenstärke zuschieben.

Und es wäre an der Zeit – höchste Zeit -, dass vielleicht auch gewisse Wirtschaftsverbände die eigentlichen Gründe und deren Verursacher beim Namen nennen würden. Unser Problem ist nämlich nicht der schleichende EU-Beitritt, sondern es sind die schleichenden Arbeitsplatz- und Auftragsverluste. Aber etwas Schleichendes wird eben gerne überhört, vor allem wenn sonst noch viel Lärm gemacht wird. Und Halbwahrheiten sind häufig gefährlicher als Lügen, weil sie schwieriger zu enttarnen sind.

### **Die BDP als moderne Kraft der bürgerlichen Vernunft**

Wenn also Angriffe von links und rechts das Erfolgsmodell Schweiz gefährden, den Wirtschaftsstandort schwächen und sogar unser gesellschafts- und staatspolitisches Selbstverständnis in Frage stellen, dann ist bürgerliche Vernunft gefragt, wie sie die BDP repräsentiert. Wir müssen das Erfolgsmodell Schweiz verteidigen. Wir müssen gegen den Wohlstandsfatalismus ankämpfen. Die Unterschiede zwischen einem gesunden Selbstbewusstsein und überheblichem Hochmut, die Grenzen zwischen Mut und Übermut müssen wieder klarer werden. Wir können nicht ewig mit dem Erfolgsmodell Schweiz herumexperimentieren und glauben, es passiere nichts. Auch wenn die jeweiligen Konsequenzen nicht unmittelbar und sofort in ihrer vollen Härte spürbar sind, so kommen sie – und das ist viel gefährlicher – schleichend und in einer ersten

Phase fast unbemerkt. Zu glauben, die Schweiz sein unverletzlich und könne deshalb machen, was sie wolle, wird zu einem schmerzhaften Erwachen führen.

Wir als BDP werden deshalb weiterhin unsere Zeit in Lösungen für künftige Generationen investieren und nicht in kurzfristige Profilierungen. Dennoch werden wir uns in den nächsten Monaten sehr intensiv in verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen mit der Frage auseinandersetzen, wie wir dies besser als bisher tun können, wie wir mit mehr Kraft unsere Lösungsbeiträge leisten können, wie wir den Erfolg unserer Lösungen stärken können.

Wir werden dafür viel Geduld, viel Hartnäckigkeit und weiterhin viel Mut brauchen. Den Mut, das Vertrauen in uns selber zu haben. Die Geduld, Schritt für Schritt weiterzugehen. Die Hartnäckigkeit, Stein für Stein zu übersteigen. Dieser Weg wird weiterhin kein einfacher sein, aber es ist unser Weg, den wir uns für uns so ausgesucht haben.

Braucht es die BDP? – Keine Partei in diesem Land wird als einzelne Kraft insofern gebraucht, als dass dies für das Land eine existenzielle Frage wäre. Die Welt hat sich schon vor der Gründung der BDP gedreht und sie würde sich – mit grösster Wahrscheinlichkeit - auch ohne die BDP weiter drehen. Aber das gilt für jede Partei.

Was dieses Land dringend braucht, sind lösungsorientierte Kräfte, welche die Werte der Schweiz verteidigen, auch wenn dies phasenweise nicht so populär ist. Die BDP gehört als moderne Partei der bürgerlichen Vernunft zu diesen Kräften. Sie ist ein Zahnrad im System der Schweizerischen Politik, das ohne das Zutun der bürgerlichen Mitte zu einem Leerlauf würde.

Deshalb lohnt es sich, unseren Weg weiterzugehen. Deshalb lohnt sich die BDP für die Schweiz. Deshalb sind wir gekommen. Deshalb werden wir bleiben.